Rede von Thomas Klestil über das Referendum und die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages (Zürich, 28. Juni 1994)

Legende: Am 28. Juni 1994 hält Thomas Klestil, Bundespräsident der Republik Österreich, an der Universität Zürich eine Rede, in der er seine Eindrücke von den positiven Ergebnissen der Volksabstimmung in Österreich am 12. Juni über den Beitritt des Landes zur Europäischen Union schildert und dann auf die zukünftigen Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz zu sprechen kommt.

Quelle: Ansprache von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil. [ONLINE]. [Wien]: Österreichische Präsidentschaftskanzlei, [25.07.2003]. Verfügbar unter HTTP://www.hofburg.at/de/praesidenten/klestil/reden1994.

Urheberrecht: (c) Austrian Federal Office

URL:
http://www.cvce.eu/obj/rede_von_thomas_klestil_uber_das_referendum_und_die_unterzeichnung_des_beitrittsvertrages_zurich_28_juni_1994-de-efcee37e-cb31-4e1c-a68e-66f4cf1b3674.html

Publication date: 22/10/2012

Ansprache von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil am 28. Juni 1994 vor dem "Schweizerischen Institut für Auslandsforschung" an der Universität Zürich

NACHBARN IN EUROPA

Frau Regierungspräsidentin!
Herr Stadtpräsident!
Herr Landeshauptmann von Vorarlberg!
Magnifizenz!
Meine Damen und Herren!

Es ist für mich eine besondere Freude, hier an der Universität Zürich, über das Thema "Nachbarn in Europa" sprechen zu können - und ich danke dem "Schweizerischen Institut für Auslandsforschung" für diese Einladung.

Ich glaube, daß der Zeitpunkt nicht besser hätte gewählt werden können - und das sowohl im Rückblick auf das Geschehene, als auch angesichts der aktuellen Gegenwart. Die Republik Österreich durchlebt ja gerade jetzt eine ganz entscheidende, ja historische Phase ihrer Integration in das größere, gemeinsame Europa.

Genau heute vor 5 Jahren erschienen die großen internationalen Medien mit einem damals unglaublichen Titelbild: in einem Waldstück bei Sopron hatten 12 Stunden vorher die Außenminister Ungarns und Österreichs zur Schere gegriffen und den Eisernen Vorhang durchschnitten. Damit begann, was später als "Wunderjahr" in die europäische Geschichte eingehen sollte.

Und bald sind auch fünf Jahre vergangen, seit Österreich - damals noch unter ganz anderen weltpolitischen Vorzeichen - seinen Beitrittsantrag nach Brüssel abschickte.

Aber auch die Entwicklung gerade der vergangenen Tage und Wochen schreibt ja immer neue konkrete Daten in die österreichischen Geschichtsbücher:

- Am 12. Juni hat sich das österreichische Volk mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union ausgesprochen.

- Und am vergangene Freitag haben wir Österreicher in Korfu den Beitrittsvertrag feierlich unterzeichnet und unmittelbar anschließend erstmals am Tisch des Europäischen Rates Platz genommen.

Ich selbst habe in dieser unvergeßlichen Feierstunde in meiner Rede von einem eindruckvollen Signal gesprochen, das die Bürger der Republik Österreich mit ihrer Entscheidung von 12. Juni gesetzt haben: Es war ein Signal des Glaubens an die europäische Idee, ein Signal der Zuversicht in die Europäische Union, die heute zum zentralen Stabilitätsanker dieses Kontinents geworden ist - und es war ein Signal der Entschlossenheit, in Hinkunft aktiv und engagiert am europäischen Friedenswerk und an der Neuordnung Europas mitzuwirken.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, aber auch von meinen persönlichen Eindrücken während dieser Feierstunde berichten. Oft sind es ja gerade diese optischen Eindrücke, die besonders stark in uns haften bleiben.

In der St. Georgs-Kirche von Korfu habe ich zum erstenmal in dieser Deutlichkeit gespürt, wie sehr hier tatsächlich eine wahrhaft europäische Union entsteht - eine Union, der nicht nur fast alle großen Mächte dieses Kontinents angehören, sondern, voll Selbstbewußtsein, auch die mittleren und kleineren Staaten Europas - von Irland bis Griechenland, von Portugal bis Finnland.

Und ich war tief berührt vom leidenschaftlichen Appell des russischen Präsidenten Jelzin in Korfu, auch sein riesiges Land möglichst bald als einen selbstverständlichen Teil Europas zu akzeptieren.

In diesen Stunden habe ich noch stärker als je zuvor gespürt, wie hoch an der Zeit es war, daß Österreich seinen natürlichen Platz im Kreis der Europäischen Union einnimmt - und ich bin stolz und glücklich, daß die Österreicher mit ihrer hohen Beteiligung am Referendum und mit ihrem Votum ein so eindrucksvolles Zeichen gesetzt haben - ein Zeichen, das gerade auch in Korfu sehr große Aufmerksamkeit und besondere Würdigung gefunden hat.

Ich weiß, daß der Volksentscheid der Österreicher auch in der Schweiz vielbeachtet wurde. In einer Schweizer Zeitung habe ich sogar gelesen, daß Österreichs "Ja" auch hierzulande Geschichte machen werde. Ich weiß nicht, ob dies wirklich so sein wird - und ich habe keinerlei Anrecht und Absicht, unserem Schweizer Nachbarn irgendwelche Ratschläge zu geben. Das ist ja die unbezwingbare Stärke der eidgenössischen Demokratie, daß sie sich in zentralen Fragen immer auf den klaren Willen der eigenen Volksmehrheit berufen kann.

Ich möchte mich deshalb auf konkrete Fakten beschränken, die mir aus der Sicht unserer beider Länder wichtig erscheinen.

Faktum ist, daß der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union auch für die Schweiz nicht ohne Auswirkungen bleiben wird - nicht so sehr im bilateralen Bereich, als im Bezug auf die Rahmenbedingungen, die sich aus der österreichischen EU-Mitgliedschaft ergeben werden.

Faktum ist auch, daß die Schweiz mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union - mit Ausnahme unseres gemeinsamen Nachbarn Liechtenstein - nur von EU-Staaten umgeben sein wird. Sie wird auch - sofern die drei nordischen Beitrittskandidaten unserem Beispiel folgen - mit der Frage der Zukunft von EFTA und EWR konfrontiert sein.

Denn mit der Integration der vier beitrittswilligen EFTA-Staaten in die Europäische Union würden in der EFTA nur noch die Schweiz, Liechtenstein und Island und im EWR gar nur noch die beiden letztgenannten Staaten verbleiben. Es ist daher zu erwarten, daß in diesem Fall EFTA und EWR - zumindest in ihrer bisherigen Form - nicht weiterbestehen. Damit würde auch jener institutionelle Dualismus ein Ende finden, der Westeuropa integrationspolitisch in gewissem Sinn gespalten hat und der zum Teil wohl auch das Produkt einer überwundenen weltpolitischen Konstellation war.

Welche Konsequenzen sich auch immer für die Schweiz aus der EU-Mitgliedschaft Österreichs ergeben werden, eines möchte ich gerade hier in Zürich mit allem Nachdruck unterstreichen: die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern werden selbstverständlich auch weiterhin erhalten bleiben! Auch für das EU-Mitglied Österreich ist eine möglichst enge Verbindung mit dem Nachbarn Schweiz aus vielen Gründen wichtig, ja einfach unverzichtbar.

Unser aufrichtiges Interesse am Nachbarn und Partner Schweiz wächst ja nicht zuletzt aus der festen Überzeugung, daß ein geeintes Europa ohne das europäische Kernland Schweiz ebensowenig denkbar ist, wie ohne das europäische Kernland Österreich. Das Schweizer Modell des friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Sprache und Kultur ist ein Beispiel, das in seiner Bedeutung und seinem Wert für das größere Europa gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Auch die föderale und kantonale Struktur der Schweiz ist ein ganz wesentliches, ja unentbehrliches Gestaltungselement des neuen Europa.

So bleibt ohne Abstriche gültig, daß die Schweiz in sich selbst ein besonders eindrucksvolles Modell jenes gleichzeitig einheitlichen und doch vielfältigen Europa ist, auf das wir alle unsere Hoffnungen setzen.

Und obwohl die europapolitischen Referenden in der Schweiz und in Österreich heute in verschiedene Richtungen weisen, so glaube ich doch, daß letztlich keine grundlegenden Unterschiede über eine Teilnahme an der europäischen Integration bestehen. Beide Länder wissen, daß es im Grunde zum gemeinsamen Europa keine wirkliche Alternative gibt.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an ein Wort erinnern, das Bundesrat Delamuraz vor drei Jahren - zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft über die "Schweiz und Österreich - Nachbarn in Europa"

formulierte. Wörtlich sagte er damals: "Wer möchte es ausschließen, daß die Schweiz - so wie sich Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg von der schweizerischen Neutralität hatte inspirieren lassen - einmal zum Entschluß kommen könnte, auf dem Weg zur Europäischen Gemeinschaft in die Fußstapfen Österreichs zu treten?"

Natürlich bin ich mir bewußt, daß die historische Erfahrung der Schweiz eine andere ist als jene Österreichs. Und ich weiß, daß große Entscheidungen eines Volkes immer aus der eigenen Mitte wachsen müssen und Außenstehende gut daran tun, die Prozesse des Überlegens, des Überprüfens und der Übergänge zu Neuem nicht beeinflussen zu wollen. Dennoch würde ich mich als Nachbar, als Freund und als überzeugter Europäer freuen, sollte das fast prophetische Wort von Bundesrat Delamuraz letztlich doch in den Bereich der politischen Wirklichkeit geraten.

Die Sichtweisen der Schweiz und Österreichs gegenüber einem dies bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen mag.

- Beiden Ländern ist doch die zutiefst europäische Erfahrung der Einheit in der Vielfalt gemeinsam, wenn auch der Rahmen, in dem diese Erfahrung gewonnen wurde - hier die Eidgenossenschaft und dort der Vielvölkerstaat der Donaumonarchie - ein grundlegend anderer war.

- Beiden Länder ist auch die Erfahrung der Kleinstaatlichkeit gemeinsam - in Österreich freilich erst in diesem Jahrhundert und als Folge des Ersten Weltkrieges.

- Und beide Staaten bekennen sich zur Neutralität, wenn auch in Österreich erst seit 1955 und gewissermaßen als Preis für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität.

Österreich hat sich bei der Erklärung seiner Neutralität vor bald 40 Jahren auf das Schweizer Beispiel berufen und sich - so wie die Schweiz - die Interpretation seiner Neutralität stets selbst vorbehalten. Mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen - und damit zu einem System der kollektiven Sicherheit - hat die österreichische Neutralität jedoch von Anfang an eigene spezifische Züge entwickelt. Ihr wesentlicher Kern die Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen und die Nichtstationierung fremder Truppen.

Völkerrechtlich betrachtet ist die Neutralität für unsere beiden Staaten nie Selbstzweck gewesen. Sie dient der Sicherheit des Landes. Hier liegt auch der Ansatz für die Definition ihrer künftigen Rolle. Wenn eines Tages die sicherheits- und verteidigungspolitische Finalität der Europäischen Union festgelegt und ein gemeinsames Sicherheitssystem geschaffen wird, dann - und erst dann - wird sich auch für unsere beiden Länder die Frage nach der Zukunft der Neutralität stellen.

Heute geht Österreich jedenfalls als neutraler Staat in die Europäische Union - im Lichte der großen europäischen und weltpolitischen Veränderungen haben wir aber die Neutralitätspolitik zuletzt um das so wichtige Element der Solidarität bereichert.

Ich selbst habe in den vergangenen beiden Jahren praktisch alle Länder der Europäischen Union besucht und mich dabei immer auch für die Entwicklung der kleineren Länder in der EU interessiert. Die Erfahrung aus diesen Gesprächen war wichtig und eindrucksvoll: Alle - tatsächlich alle - haben mir mit großer Klarheit bestätigt, daß ihre Identität und ihre Handlungsfähigkeit als EU-Mitglied nicht geschwächt, sondern im Gegenteil in vielfältiger Weise gestärkt wurden. Auch ihre wirtschaftliche und damit auch politische Abhängigkeit von größeren Nachbarn wurde geringer. Wir Österreicher sehen jedenfalls keinen Anlaß, uns als EU-Mitglied Sorgen um den Erhalt unserer Identität zu machen. Ganz im Gegenteil!

Auch die föderalen Elemente und Strukturen, die ja innerhalb der Maastricht durch die Betonung der Subsidiarität und Bürgernähe erheblich an Gewicht zugenommen. Es gehört zu den erklärten Zielen Österreichs - und ich habe das auch vor den in Korfu versammelten Staats- und Regierungschefs betont - als künftiges Mitgliedsland den Föderalismus und den Aufbau dezentraler Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union nach besten Kräften zu unterstützen. Ich bin überzeugt, daß es weit sinnvoller ist, an der Gestaltung des künftigen Europa aktiv teilzunehmen, als dem Neuaufbau dieses Kontinents aus sicherer

aber letztlich einflußloser Distanz zuzusehen.

Aus all diesen Gründen würde ein künftiger Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union aus österreichischer Sicht sehr willkommen sein. Ich hoffe also, daß sich die Annäherung der europapolitischen Standpunkte der beiden Alpenländer auch in der Zukunft fortsetzen wird. Die Erfahrungen aus der Vorbereitung und dem Ergebnis der österreichischen Volksabstimmung über den EU-Beitritt sind für mich auch ein ganz wichtiges und über die Grenzen meines Landes hinausreichendes Signal, daß es - trotz aller Probleme, denen sich die europäische Integration heute gegenübersieht - möglich ist, die Bürger für die europäische Idee zu gewinnen.

Meine Damen und Herren!

Ich habe für dieses Referat den Titel "Nachbarn in Europa" gewählt. Das gibt mir die Möglichkeit, die besonderen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu beleuchten. Das erfordert aber gleichzeitig auch die Darstellung der wesentlichen Grundzüge der österreichischen Nachbarschafts- Politik. Gerade seit dem Ende der Ost-West-Teilung hat ja diese Nachbarschaftspolitik eine ganz neue Aktualität und Qualität erhalten. Österreich ist heute nur noch von Demokratien umgeben - an die Stelle der "friedlichen Koexistenz" von Staaten, die durch den "Eisernen Vorhang" getrennt waren, ist also eine breitgefächerte Zusammenarbeit auf der Basis gleicher Wertvorstellungen und gemeinsamer Zielsetzungen getreten.

Das europäische Friedenswerk baut ja vor allem auf dem Grundsatz der guten Nachbarschaft auf. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern - wie die Vergangenheit lehrt - die vielleicht schwierigste Bewährungsprobe der internationalen Politik. Denn Konflikte entstehen immer dort, wo Interessen und Widersprüche ganz unmittelbar aufeinanderstoßen - und Frieden wächst dort, wo diese Unterschiede harmonisiert werden und wo das gegenseitige Vertrauen immer wieder neu eingeübt wird.

Frühere europäische Staatenordnungen beruhten auf Allianzen und dem Gleichgewicht der Kräfte, also auf der Schaffung von Sicherheit durch Macht. Damit war die Stärke des einen immer auch eine Bedrohung für den anderen. Ziel der europäischen Integration hingegen war es von allem Anfang an, Machtbeziehungen durch Rechtsbeziehungen zu ersetzen.

Den Gründungsvätern des europäischen Einigungswerkes ist es daher vor allem um die Verhinderung künftiger Nachbarschafts-Konflikte und damit auch um die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen im Zeichen höherer gemeinsamer Interessen gegangen.

Die Aussöhnung zwischen den beiden Nachbarn Frankreich und Deutschland, die in ihrer Geschichte 27 Kriege gegeneinander geführt haben, wäre ohne die europäische Einigung wohl nicht möglich gewesen. Heute ist ein Waffengang zwischen den beiden Staaten einfach unvorstellbar.

Angesichts der Urgewalt der Umgestaltung, die Europa seit 1989 erfaßt hat, leben wir heute in einer Phase großer Unübersichtlichkeit und Zukunftsängste, die sich aus der Erbmasse des Kommunismus, aus dem Wiedererwachen eines radikalen Nationalismus, aus dem Wohlstandsgefälle und aus einer geistigen Überforderung vieler Menschen angesichts des reißenden Flusses der Geschichte nähren. Umso mehr brauchen wir gerade heute klare Signale der Entschlossenheit, den europäischen Einigungsprozeß fortzuführen.

In diesem Geist möchte ich in aller Kürze darlegen, welche tragenden Fundamente eines künftigen gemeinsamen Europa mir persönlich besonders wichtig sind:

Ich nenne hier zuerst und vor allem das Europa der gemeinsamen Werte. Eine Europäische Union, die diesen Namen verdient, braucht ein ganz anderes geistig-moralisches Fundament als eine Wirtschaftsgemeinschaft - diesen Quantensprung dürfen wir nicht unterschätzen, denn je anspruchsvoller das Ziel, desto größer ist auch das Risiko der Enttäuschung.

Alle bisherigen Versuche, die Einheit Europas zu verwirklichen, wurden mit Waffengewalt unternommen -

und alle erstickten letztlich im Blut der Europäer. Die Europäische Union ist die Antwort auf diese Erfahrung. Ihr Fundament ist deshalb das freiwillige Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie, zu den Menschen- und Minderheitenrechten und zur Rechtsstaatlichkeit. Die bestürzende Ohnmacht Europas angesichts der Kriegstragödie im ehemaligen Jugoslawien belastet - über das humanitäre Elend hinaus, das gerade wir Österreicher aus großer geographischer und emotionaler Nähe mitverfolgen - den gesamteuropäischen Integrationsprozeß mit genau diesem Risiko der Enttäuschung.

Es geht also heute nicht nur darum, den Krieg im Interesse der so furchtbar leidenden Menschen rasch zu beenden. Es geht auch um die fundamentalen Werte, zu denen sich Europa bekennt. Lassen Sie es mich auf einen Punkt bringen: Wer glaubt, das Recht des Siegers letztlich doch absegnen zu müssen, der wird auch künftig mit der Begehrlichkeit, der Unmenschlichkeit und der Rechtlosigkeit von Diktatoren leben müssen - weit über diesen Kriegsschauplatz hinaus.

Es war gut und wichtig, daß die Europäer in der Charta von Paris feierlich geschworen haben, ihr künftiges Miteinander unter die Herrschaft des Rechts zu stellen. Jede Rechtsordnung aber braucht auch Machtmittel, die ihr im Ernstfall zum Durchbruch verhelfen. Denn Macht ohne Recht ist Tyrannei - Recht ohne Macht aber gibt sich der Lächerlichkeit preis.

Aus all dem ergibt sich für mich das zweite Fundament eines künftigen Europa - ich nenne es das Europa der gemeinsamen Sicherheit. Der "Triumph des Unerwarteten" vor fünf Jahren hat alle bestehenden Grundlagen europäischer Sicherheit hinweggefegt. Der Aufbau neuer Strukturen erweist sich heute als viel dornenvoller als ursprünglich angenommen.

Der Begriff der Sicherheit geht heute weit über den militärische Bereich, aber auch über die nationale Entscheidungsfähigkeit hinaus. Zu diesem Sicherheitsbegriff zähle ich ebenso den Schutz vor der grenzüberschreitenden Kriminalität, vor den drohenden Wanderungs- und Flüchtlingsströmen, vor der Bedrohung der Umwelt, insbesondere auch durch Katastrophen beim Betrieb von Atomkraftwerken.

Es ist längst offensichtlich, daß eine so umfassende Sicherheit nicht mehr allein im nationalen Rahmen gewährleistet werden kann, sondern der Kooperation und Solidarität bedarf. Der Aufbau eines wirksamen

Für mich war es ein besonders eindrucksvolles Erlebnis, als der ab 1. Juli amtierende Vorsitzende des EU-Rates, der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, in Korfu die Prioritäten seiner Präsidentschaft vorlegte. Ich nenne hier nur die Bewältigung der europäischen Verkehrsströme, die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Drogenkriminalität, die Sanierung riskanter osteuropäischer Nuklearkraftwerke. Alles Fragen, die auch für Österreich von höchster Aktualität sind und an deren gemeinschaftlicher Lösung auch wir brennend interessiert sind - auch daraus ergibt sich meine besondere Genugtuung, daß es uns durch das klare "Ja" der Österreicher möglich geworden ist, am Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen aktiv und gleichberechtigt mitzuwirken. Und ich weiß, wie sehr auch unsere Nachbarn in Ost- und Südosteuropa daran interessiert sind, daß ihnen die europäische Stabilitäts- und Sicherheitsgemeinschaft durch den Beitritt Österreichs wieder ein gutes Stück näherrücken wird.

Womit ich beim dritten Fundament eines künftigen Europas bin - ich nenne es das Europa der Solidarität. Solidarität ist heute weit mehr als ein Gebot der Humanität - sie bedeutet auch ein Zusammenstehen gegen einen gemeinsamen Feind und ist somit eine direkte Investition in eine untrennbar gewordene europäische Schicksalsgemeinschaft. Ich verstehe darunter ein klares Bekenntnis zum gemeinsamen Handeln - in guten und in schlechten Tagen. Wenn die Herkulesarbeit der jungen Demokratien mißlingt, sind Demokratie und Stabilität in ganz Europa ernstlich bedroht.

Es ist daher hoch an der Zeit, die internationalen Anstrengungen zugunsten der Reformländer massiv zu verstärken und diese größte Chance in der Geschichte Europas mutiger zu nützen, als das bisher geschehen ist. Der Abschluß von Europa-Abkommen zwischen der Europäischen Union und diesen Länder bzw. des kürzlich in Korfu unterzeichneten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Rußland sind wichtige Schritte zur Überwindung des bedrohlichen Wohlstandsgefälles zwischen dem Westen und dem Osten Europas.

Natürlich kenne ich die vielen Gegenargumente, die vorgebracht werden, wann immer von umfassenden Aktionen zugunsten von Osteuropa gesprochen wird. Trotzdem glaube ich an die Notwendigkeit eines Plans, der versucht, die sozialen und militärischen Bedrohungen in ganz Europa möglichst gleichzeitig abzubauen. Die Stabilisierung Zentral- und Osteuropas und die Abwehr unkontrollierter nuklearer Bedrohungen ist eine gute Investition - und auch ein wichtiger Beitrag, um den Europäern die Angst vor der Zukunft zu nehmen.

Österreich fühlt sich mit den Ländern in seiner Nachbarschaft historisch, aber auch menschlich in vielfältiger Weise verbunden - und ich selbst habe jede Gelegenheit wahrgenommen, um mit den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs der jungen Demokratien zusammenzutreffen. Die vertrauensvolle Nähe, die sich aus der Nachbarschaft ergibt, ist für mich ein ganz wesentlicher Wert, der bei Bau eines gemeinsamen Europa ganz besondere Aufmerksamkeit und Pflege verdient.

Das vierte Fundament eines künftigen Europa heißt für mich das Europa der Bürger - und ich verstehe darunter all das, was mit mehr Vielfalt, mehr Offenheit, mehr Demokratie und mehr Dezentralisierung zu tun hat. Europa war und ist gottlob eine Vielfalt - seine unverwechselbare Besonderheit und sein Reichtum liegen in seinen Landschaften, Sprachen, Lebensformen, Traditionen und geistig-kulturellen Werten.

Europa ist auch ein Kontinent ohne Mehrheitsvolk - alle seine Völker sind, gesamteuropäisch gesehen, nur Minderheiten, die ihre Eigenart bewahren und nicht normiert werden wollen. Gerade die jüngsten Entwicklungen haben ja gezeigt, wie unerläßlich eine verstärkte Rücksichtnahme auf die Sorgen der Bürger und auf die nationalen und regionalen Identitäten ist.

Die Europäer brauchen aber auch das Gefühl, daß sie selbst miterleben können, wie dieser Kontinent neu geformt wird - wie Schritt für Schritt eine Gemeinschaft gestaltet wird, deren Nutzen letztlich für alle erkennbar sein muß.

Ich freue mich, daß dies nun auch in Brüssel und vielen Hauptstädten erkannt wird - daß wir es heute bereits mit einer ganz anderen europäischen Idee zu tun haben, als noch vor wenigen Jahren.

Als Österreicher und Europäer, der einen guten Teil seines Lebens außerhalb dieses Kontinents verbracht hat, möchte ich noch ein fünftes Fundament des künftigen Europa hinzufügen, das mir wichtig erscheint - es ist das Europa der Offenheit und der globalen Verantwortung.

Ich bin überzeugt, daß die Europäische Union ihren eigenen Interessen längerfristig nur dann gerecht werden kann, wenn sie - im Wissen um ihre globale Verflochtenheit - auch die außereuropäischen Standpunkte gebührend mitberücksichtigt. Ich denke hier vor allem an die Zusammenarbeit mit Amerika und den anderen westlichen Demokratien, aber natürlich auch an die Länder der Dritten Welt, denen sich Europa - so wie kein anderer Kontinent - in vielfacher Weise verbunden fühlt. Die weltweite wirtschaftliche Präsenz der Schweiz und ihrer großen Konzerne trägt ja diesem Aspekt schon heute in ganz besonderer Weise Rechung.

Meine Damen und Herren!

In diesem gemeinsamen Europa der Werte, der Sicherheit und Solidarität, in diesem Europa der Bürger und der globalen Verantwortung will auch Österreich als Mitglied der Europäischen Union seine volle und gleichberechtigte Rolle spielen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, wie untrennbar das Schicksal Österreichs mit der Zukunft des integrierten Europa verbunden ist.

Vor uns liegt eine Zeit ohne Beispiel, für die es weder historische Parallelen noch überzeugenden Szenarien gibt. Wer in dieser Situation nur auf Berechenbarkeit setzt, der greift zu kurz. Wer aber in der europäischen Einigung noch immer eine unsichere Entdeckungsfahrt in unbekannte, stürmische Gewässer sieht, der hat die Dynamik der europäischen Integration noch nicht erkannt.

Zudem hat uns die Geschichte der europäischen Integration gelehrt, daß nicht allen ihren Bürgern all das, was heute bereits als selbstverständlich gilt, auch gleichzeitig einsichtig geworden ist. Das Werden der Europäischen Union ist auch eine Geschichte der Geduld und Beharrlichkeit. Und die Arbeit eines Staatsmannes ist heute bisweilen eher die eines einfühlsamen Gärtners als die eines Mechanikers. Denn er muß akzeptieren, daß die Früchte im europäischen Garten nicht immer gleich schnell wachsen - und daß es zu nichts führt, Früchte ernten zu wollen, die erst reifen müssen.

Die Aufgabe der Politik ist also heikel. Es gilt, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Es gilt aber auch, die Wandlungsfähigkeit der Bürger nicht zu überfordern und ihre Wünsche und Ratlosigkeiten mitzubedenken. Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte, heißt es - wer aber zu weit voraus ist, den bestrafen die Wähler. Der Grat ist schmal.

Im Wissen um alle diese Schwierigkeiten auf dem Weg nach Europa meine ich dennoch, daß es in der Demokratie die Pflicht der Politik ist, nicht das für notwendig zu erklären, was populär ist, sondern das populär zu machen, was notwendig ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!